

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327.

Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleiniechthel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Jub. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Melamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“
„Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage.

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisstärkung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 109

Bad Schandau, Montag, den 11. Mai 1931

75. Jahrgang

Briands Präsidentenrede

Nur innerpolitische Gründe waren der Anlaß zur Briandrede, die Deutschlands Widerspruch hervorruft

Die Aussprache in der französischen Kammer über den deutsch-österreichischen Zollplan wurde mit der Annahme einer Vertrauensentschließung für das französische Kabinett abgeschlossen, in der „formell der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion verurteilt wird“. Die mit großer Spannung erwartete Rede Briands war in mancher Hinsicht von besonderem Interesse. Er hat sich bei der Behandlung der entscheidenden Punkte äußerst vorsichtig geäußert und nur einmal ein entschiedenes Nein ausgesprochen, als er die Frage des Rechts Deutschlands zur Aufstellung eines solchen Zollunionsplans aufwarf. Er hat jedoch zur Anschließfrage selbst eine auch in der französischen Kammer stark vermerkte Formulierung gebraucht, aus der entnommen werden muß, daß man auch in Frankreich beginnt, einzusehen, daß der deutsch-österreichische Zusammenschluß nicht auf alle Zeiten vertraglich festgelegt wurde. In dem auch von Herriot besonders herangezogenen Artikel 80 des Versailler Vertrages ist lediglich von der Unabhängigkeit Österreichs die Rede, „die unabänderlich sei, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.“ Briand hofft zwar, daß im Völkerbund sich für solche Änderungen keine Mehrheit finden werde, gibt aber die Möglichkeit zu, daß die Frage der Unabhängigkeit Österreichs eine andere Regelung erfahren könnte, als sie in Versailles und St. Germain festgelegt worden ist.

Was Briand sonst zu der Zollunionsfrage sagte, war vom politischen Standpunkt aus sehr wenig und vom rechtlichen geradezu kümmerlich. Er gibt selbst zu, daß die Verhältnisse in Europa sich seit Versailles geändert haben und läßt die Frage offen, ob nicht Ereignisse eintreten könnten, die die Frage „Deutschland und Oesterreich“ unter anderen Gesichtspunkten erscheinen lassen könnten. Das Hauptgewicht seiner Ausführungen legte Briand auf die Feststellung, daß er bzw. Frankreich alles getan hätten, um den Frieden von Versailles zu einer wirklichen Befriedung Europas zu gestalten, und daß Frankreich mit dieser Friedenspolitik in der ganzen Welt anerkannt und geachtet würde. In Frankreich wird man kaum überrascht sein, daß man solche Behauptungen in Deutschland mit einigen kräftigen Fragezeichen versieht. „Noch nie war Frankreichs Prestige so groß wie jetzt“, rief er begeistert in den Saal. Er schmeichelt sich, durch seine Politik erreicht zu haben, daß Frankreich in der Welt als „Soldat des Friedens“ angesehen würde. Wie stark Briands Ausführungen in der Hauptsache auf den innerpolitischen Eindruck abgestellt waren, geht daraus hervor, daß er glaubte, erklären zu können: „Kein Wolf in der Welt unterstellt Frankreich noch Hintergedanken!“ Das Presseecho, vor allem in Italien und in Uebersee, dürfte ihn bald eines anderen belehren.

Der zweite Teil seiner Ausführungen war an die Adresse Deutschlands gerichtet. Briand bangt um seine Vormachtstellung in der Gestaltung der europäischen Politik! Er hütete sich wohl, Deutschland zu drohen. Er versucht, es vielmehr für seine Ideen einzufangen und es zu veranlassen, auf den Zollunionsplan zu verzichten. Dabei leistet er sich in der Darstellung über Bekanntgabe und Auswirkung des deutsch-österreichischen Unions-Gebankens grundsätzliche Unrichtigkeiten, die nicht unwidersprochen bleiben können.

Der Hinweis Briands auf die durch die deutsch-österreichischen Zollpläne in aller Welt hervorgerufene Erregung gibt lediglich die französische Auffassung wieder. Denn abgesehen von Frankreich und der Tschechoslowakei hat sich niemand in der Welt über diese Pläne aufgeregt. Man ist ihnen vielmehr sehr sachlich und ruhig gegenübergetreten, und nur eine systematisch von Paris aus betriebene Heße verfuhrte erfolglos, eine Erregung in der Welt zu erzeugen. Auch die Behauptung Briands, Italien habe am ersten Tage der Bekanntgabe des Zollplanes in Wien protestiert, deckt sich keineswegs mit den Tatsachen. Beachtenswert in der Rede Briands ist aber der Hinweis, der Anschlußversuch, dem man sich jetzt gegenübersehen, habe einen wirtschaftlichen Charakter. Briand gibt also den in der französischen Presse zähe verfochtenen Standpunkt auf, es handele sich hier um eine politische Aktion Deutschlands.

Die von der Kammer angenommene Tagesordnung spricht bekanntlich von einer Beurteilung des Planes der deutsch-österreichischen Zollunion. Wenn diese Rundgebung der französischen Kammer auch auf die deutschen Entschlüsse keinerlei Einfluß ausüben vermag, so stellt sie doch eine unberechtigte Einmischung in deutsch-österreichische Angelegenheiten dar. Im deutschen Volk wird man wissen, was man von der Rede Briands und den Erklärungen in der Kammer zu halten hat. Allzu tragisch braucht man jedenfalls die Dinge nicht zu nehmen, um so weniger, als

die Erregung wegen der bevorstehenden Präsidentenwahl stark auf die einzelnen Kammerparteien einwirkt. Das Gesamtergebnis der französischen Kammeraussprache über die Zollunion ist trotz der wütenden Heßrede Herriots doch wesentlich bescheidener, als es nach dem französischen Presse-trommelfeuer erwartet werden konnte. Auch in Paris Kocht man bekanntlich mit Wasser, und man wird sich dort allmählich daran gewöhnen müssen, daß Deutschland seine ihm verbliebenen Rechte unter allen Umständen auszunutzen bemüht ist, auch wenn es in Paris nicht immer gern gesehen wird.

Die Pariser Zolldebatte

Paris, 10. Mai.

Die Kammer hat sich auf Vorschlag des Ministerpräsidenten angefangen die bevorstehenden Genfer Verhandlungen bis zum 28. Mai vertagt, nachdem der Regierung durch die Annahme der bereits mitgeteilten Tagesordnung das Vertrauen ausgesprochen worden ist. Nachzutragen wäre, daß in der Tagesordnung das Wort „formell“ hinter „verurteilt formell den Plan einer österreichisch-deutschen Zollunion“ auf Vorschlag des Ministerpräsidenten gestrichen wurde, und daß im übrigen über die einzelnen Teile der Tagesordnung getrennt abgehandelt wurde.

Ministerpräsident Laval griff selbst noch in die Debatte ein, indem er u. a. mit einem Appell an die Regierungsparteien erklärte:

Die Vertreter Frankreichs in Genf werden zum Ausdruck bringen, daß die Erregung Frankreichs auf Grund des verjüngten wirtschaftlichen Anschlusses sich noch nicht gelegt hat. Wir können uns nicht denken, daß der Völkerbund eine so brüsk angekündigte Zollunion zulasse. Das Geheimnis der Verhandlungen und die Pflöckigkeit ihrer Enthüllung aekstatten die Freaae, ob die Zollunion nicht der

Curtius antwortet Briand

Das Bankett des Vereins der ausländischen Presse.

Im Hotel Adlon fand das Bankett des Vereins der ausländischen Presse statt. An dem Festmahl nahmen neben dem Reichskanzler verschiedene Reichsminister, der preussische Ministerpräsident und andere Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Oberbürgermeister von Berlin, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps sowie Vertreter der deutschen Presse teil.

Der Vorsitzende des Vereins, Blokzijl, leitete seine Begrüßungsansprache mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten ein, worauf die Festversammlung stehend die erste Strophe des Deutschlandliedes sang.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

erwiderte auf die Begrüßungsworte des Vorsitzenden und gab seiner Genugtuung über das vertrauensvolle Zusammenarbeiten zwischen der ausländischen Presse und der Reichsregierung lebhaften Ausdruck. Die Aufgabe der Presse, der Wahrheit zu dienen, werde durch die mannigfachen Umstände erschwert. Es sei notwendig, immer wieder die wahren Begebenheiten klarzustellen, sich der Erfahrung bewußt zu sein, daß die Menschen im allgemeinen nicht durch die Dinge selbst, sondern durch die Vorstellungen, die sie sich davon machen, in Unruhe versetzt werden. In diesem Zusammenhange beleuchtete Minister Dr. Curtius einige Seiten des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes, indem er sich sachliche Erwidern auf die Ausführungen des französischen sowie des tschechoslowakischen Außenministers für die bevorstehenden Beratungen in Genf vorbehielt.

Die Vorwürfe über die Form des Vorgehens der deutschen und der österreichischen Regierung bei der Veröffentlichung des Planes wies der Reichsaußenminister entschieden zurück.

Er legte, wie schon in seiner Reichsratsrede, erneut dar, daß beide Regierungen unmittelbar nach Erzielung eines Einverständnisses auch nur über die Richtlinien die anderen Regierungen in vollem Umfange unterrichtet hätten. Er hoffe, daß der Streit um die Taktik aufhöre, Prestigefragen aus dem Spiele blieben und die Angelegenheit selbst mit ruhiger Sachlichkeit behandelt werden würde.

Nur Wirtschaftsmomente . . .

Er begrüßte Briands Hinweis auf den rein wirtschaftlichen Charakter des deutsch-österreichischen Planes. Die wirt-

erste Schritt zum Anschluß ist. Der mit dem Zwischenfall durch England befaßte Völkerbund wird sich nicht damit abfinden, den Grundlagen der Verträge von Versailles und St. Germain Abbruch tun zu lassen. Da Deutschland und Oesterreich sich auf Notwendigkeiten wirtschaftlicher Art beziehen, fordern wir sie auf, sich mit uns zusammenzuschließen für die Verwirklichung des Planes einer Wirtschaftsunion, den wir vorgeschlagen haben.

Benesch wird zahmer

Ist aber entschiedener Anschlußgegner.

Prag, 10. Mai.

Im Laufe der Aussprache über die deutsch-österreichische Zollunion im Außenaußen des Senats nahm Dr. Benesch erneut das Wort, um zu den verschiedenen Ausführungen der Diskussionsredner Stellung zu nehmen. Er bedauerte u. a. die von dem christlich-sozialen Senator Fejersitz aufgestellte Behauptung, die Tschechoslowakei sei überall dabei, wo es gegen Deutschland gehe. Er erklärte, er sei bisher in seiner Außenpolitik wie in der Innenpolitik so vorgegangen, um zu einer vollen Verständigung zwischen den Tschechen und Deutschen zu kommen.

Auf die Ausführungen des deutschen Sozialdemokraten Dr. Heller, daß die Friedensverträge selbst von einer möglichen Aenderung sprächen, erklärte Dr. Benesch, daß in den Friedensverträgen von einer Aenderung gerade in der Anschlußfrage die Rede sei. Der betreffende Artikel besage, daß eine Aenderung mit Zustimmung des Völkerbundes erfolgen könne. In dieser Angelegenheit sei er durchaus mit Dr. Heller einig. In dem Augenblick, wo die Frage vor den Völkerbund komme, würden die einen dafür und die anderen dagegen sein. Er, Benesch, würde sich dagegen aussprechen.

In den Ausführungen Benesch's ist bemerkenswert, daß er diesmal wesentlich sachlicher und ruhiger seine Auffassung zu der deutsch-österreichischen Frage äußerte. Auffallen muß es dabei, daß er genau so wie Briand die Möglichkeit einer Aenderung in der Anschlußfrage feststellte.

schaftlichen Nöte, die Oesterreich getrieben hätten, seien von dem österreichischen Vizekanzler in den letzten Tagen eingehend dargestellt worden. Deutschland stände unter der Geißel der fürchterlichsten Arbeitslosigkeit und dem Druck schwerster Reparationen. Abhag für unsere Arbeit, Marktschwäche sei das Ziel, das wir anstrebten. Die Auffassung, daß wir Machtpolitik mit unserem Plane verfolgten, zeuge von völliger Verständnislosigkeit für die Lage der beiden Volkswirtschaften.

Die Unabhängigkeit Oesterreichs werde durch die in den Richtlinien vorgezeichnete Verfassung der Zollunion nicht beeinträchtigt. In welchen Punkten eine Verlegung der Verträge und des Genfer Protokolls vom Oktober 1922 vorläge, sei von den Begnern des Planes bisher nicht erörtert worden. Die österreichische und die deutsche Regierung sehen in Ruhe der Verhandlung des Völkerbundsrats hierüber entgegen.

Natürlich gehe es nicht an, die Rechtsfrage durch Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und politischer Wünsche zu verdunkeln.

Weder Utopie noch Radikalismus

Die deutsche Delegation werde ebenso wie die österreichische in Genf alle anderen Vorschläge und alle umfassenden Pläne für die Sanierung der europäischen Wirtschaft begrüßen und sich an solchen Arbeiten intensiv beteiligen. Gleich weit entfernt von Utopie und Radikalismus strebe die Reichsregierung entschlossen und beharrlich eine Besserung der Gesamt-lage des deutschen Volkes an und setze sich gleichzeitig für weitestgehende Kooperation mit den anderen Völkern ein.

Deutschland sei auf das stärkste an einem friedlichen Ausgleich aller Spannungen, einer Hebung der Wirtschaftslage in der ganzen Welt und einer fortschrittlichen, gleichberechtigten Entwicklung der Völker interessiert.

Die Pariser Presse zur Rede Curtius'

Paris. Der Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius vor der ausländischen Presse wird von den großen Pariser Blättern breiter Platz eingeräumt. Vorläufig nehmen nur vier Blätter Stellung. „Echo de Paris“ und „Figaro“ werfen Curtius Wortspielerei vor, wenn er behauptete, daß ein Abkommen noch nicht bestehe und Deutschland die übrigen Mächte deshalb auch nicht vor eine vollendete Tatsache habe stellen können. Fertinar sagt dann weiter, Curtius vergesse hierbei wahrscheinlich, daß die Lügen und Verschlei-